



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/KI/236 - 12. Oktober 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 0 898 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Adenauers drittes Kabinett	S. 1
Zum Ende der Kabinettkrise in Holland	S. 3
Irreführende Ziffern zum technischen Nachwuchs	S. 4
Problematische Weltjustiz	S. 6
Von Sorin zu Smirnow?	S. 7

## Die Berliner Rochade

sp. Der Bundeskanzler wird, wenn nicht alles täuscht, von Berlin aus die seit langem geplante, durch den Rücktritt der vier FDP-Minister unausweichlich gewordene Kabinettsumbildung verkünden. Die Umbesetzung geht weiter als ursprünglich vielfach angenommen worden ist. Dass Blank als Verteidigungsminister über die Klänge springen musste, nimmt nach allem, was voranging, nicht Wunder. Sein Nachfolger, Strauss, hat reichlich dazu beigetragen, die Stellung seines Minister- und Fraktionskollegen zu untergraben. Auch Versuche aus Kreisen, die den Gewerkschaften nahestehen, Blank sozusagen in letzter Minute zu retten, schlugen fehl. Hierzu gehört wohl auch der Besuch des früheren Ministerpräsidenten Arnold beim Kanzler, der, wie man hört, in erster Linie diesen Zweck galt, weniger der Absicht, an Stelle von Blücher Vizekanzler zu werden.

Die Besetzung dieses Postens mit Außenminister v. Brentano ist die eigentliche Überraschung dieses Revirements. Vielleicht wollte der Kanzler mit dieser Wahl zum Ausdruck bringen, dass auch er gewillt ist, jüngeren Kräften grösseren Spielraum zu geben, zumal Brentano in der Zeit seiner Ministertätigkeit sich ein gewisses Ansehen erworben hat und - von einigen Rückfällen in die frühere vollkommene Abhängigkeit vom Kanzler abgesehen - sich auch um Selbständigkeit in seiner Amtsführung bemüht hat. Ihm geht der Ruf voraus, dass er nach anfänglichem Widerstand gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Moskau bestrebt war, diese Beziehungen, wenn sie einmal aufgenommen waren, auch wirksam werden zu lassen. Man sagt ihm auch in weiten Kreisen nach, er bringe erheblich mehr Verständnis für die Notwendigkeit eines besseren Verhältnisses zwischen Regierung und Opposition auf, als der Kanzler, der auf diesem Ohr völlig taub ist. So ist es durchaus denkbar, dass der Kanzler in der bedrängten

12. Oktober 1956

lage, in der er sich seit Monaten befindet, den Versuch gemacht hat, dieses Kapitel für die Befestigung seiner eigenen Stellung zu modifizieren.

Die CSU, von der der erste Anstoß für eine Umbildung der Regierung ausgegangen ist, weiß sie sich der FDP gegenüber mit ihrer 15 Kandidaten und vier Ministern allem sehr benehrt zu fühlen, gewinnt nicht mehr Minister als die hatte, wenn deren Gewicht auch durch Strauß als Verteidigungsminister erheblich vergrößert worden ist, zumal sein bisheriges, ebenfalls recht bedeutendes Amt als Atomminister sein langjähriger Parteifreund Balke übernimmt. Die FDP behält den Wohnungsbauminister Preussner, woran kaum zu zweifeln war, während der bisherige "Sonderminister" Schöberl das Postministerium zugewiesen erhalten. Blücher und Heumayer scheiden aus, wobei wohl Blücher der Überraschung wäre vorzuziehen sein mag. Die mit der FDP gleich starke Fraktion der Deutschen Partei erklärt dadurch eine gewisse Verstärkung, das Heilmann v. Herkowitz neben dem Ministerium für Angelegenheiten des Bundesrates auch das Justizministerium übernimmt.

Sicher soll mit dieser Regierungsumbildung der Eindruck einer Konzentration und Verjüngung der Kräfte bewirkt werden, demonstriert an zwei Beispielen: der jüngere Außenminister v. Brentano übernimmt gleichzeitig das Amt des Vizekanzlers an Stelle des ausscheidenden Blücher, und der dynamische, modern denkende Strauß löst den verbrauchten und orthodoxen Plank ab. Besonders bitter ist das Los Anton Störckes, der als Inhaber eines klassischen Ressorts Klugheit in der Verwaltung verschwindet. Mit diesem soll offenbar dem in der Öffentlichkeit immer dringender erhobenen Vorwurf begegnet werden, die Regierung Adenauer sei überaltert und starr geworden, ihr fehle jede innere Geschlossenheit und jeder kräftige Impuls. Dies ist eine Beurteilung, die in der Zeit des Konklaves für die Regierung selbst und ihre Parteien kühnster Gehalt hat. Aber auch nach dieser Umbildung bleibt die Regierung in ihrem Kern unverändert. Sie bleibt, mit einigen personellen Korrekturen, die an ihrem Kern nichts ändern, eine Regierung unter dem beherrschenden Einfluß Adenauers. Ihr Leitbild ist getragen von überalterten Vorstellungen der Vergangenheit. Dies allein schon setzt die Grenze für alle Versuche, mit dieser Regierung den Stillstand in der deutschen Innen- und Außenpolitik zu überwinden.

Drees bleibt Hausherr

Amsterdam, Mitte Oktober

Fr. "Auf sozialistischer Seite ist man nach wie vor sicher, dass der neue Ministerpräsident wieder Willem Drees heißen wird," diese Ansicht vertrat der SPD-Pressedienst bereits Anfang August 1956, nachdem die Regierungskrise erst sechs Wochen die niederländische Politik behinderte.

Aus diesem sechswöchigen Interregnum sind jetzt 130 Tage geworden, ein Zustand, der nicht nur in der holländischen Geschichte einmalig ist, sondern mit dem auch niemand in Holland gerechnet hatte.

Der seit 1948 amtierende sozialistische Ministerpräsident Dr. Willem Drees hatte der Königin der Niederlande vorgeschlagen, ein neues Kabinett zu bilden, das der ebenfalls sozialdemokratische Politiker und Fraktionsvorsitzender im Parlament, der sogen. "Zweiten Kammer", Mr. I. A. M. Burger vorbereitete.

Das neue Kabinett besteht aus 15 Ministern. Damit hat nicht nur die Regierung Drees drei Ministersessel weniger, sondern die meisten der im alten Kabinett vertretenen Minister blieben auch jetzt an Bord des Regierungsschiffes. Lediglich vier neue Politiker werden auf der Regierungsbank Platz nehmen. Es sind dies: H. I. Hofstra (Sozialisten) für das Finanzministerium, Prof. Dr. ing. I. Saksmaiden (Sozialisten) für das Justizministerium, die beiden Minister der "Katholischen Volkspartei" (KVP) Mr. A. A. M. Struycken (Innenminister) und als erste Frau in einem holländischen Kabinett Mej. Dr. K. A. X. Kloapc (Volksfürsorge).

Es ist ebenfalls bemerkenswert, das durch diese Kabinettsneubildung ein politisches Kuriosum in der Welt verschwindet, nämlich der Sitz eines zweiten Ausenministers, der 1952 als innenpolitischer Kompromiss installiert wurde und nach aussen die europäischen Beziehungen pflegen sollte.

Die holländische Öffentlichkeit begrüsst den Erfolg von Mr. Burger und Drees, da es an der Zeit war, dem Schwebezustand ein Ende zu bereiten. Denn die Frage der Kabinettsbildung war auf die Ebene des parteipolitischen Interessenzwistes abgesunken. Ein nicht geringes Maß Schuld trug daran die Katholische Volkspartei (KVP) durch ihre starre Haltung in der Frage der sogenannten Besitzformung. Dieser Streitpunkt ist

bis zur Stunde nicht gelöst und wurde in das Kabinett in der Weise übernommen, dass der Innenminister mit der Lösung dieses Problems vertraut wurde. Es zeugt von der verantwortungsvollen Haltung der holländischen sozialistischen Partei (Partei van de Arbeid), dass sie freiwillig auf den durch den Wahlausgang ihr zustehenden zusätzlichen Ministersessel verzichtete, um der Regierungskrise ein Ende zu bereiten.

Das Kabinett ist <sup>praktisch</sup> wieder ein allparteiliches Kabinett und in der Opposition bleibt nur die kleine Liberale der Volkspartei für Freiheit und Demokratie.

\* \* \*

#### Milchmädchenrechnung der Kultusministerkonferenz

Von Dr. Ludwig Ratzel, MdB.

Der Bundestag und einige Länderparlamente haben in den letzten Monaten die Frage des technischen Nachwuchses eingehend erörtert und dabei festgestellt, dass hier grosse Lücken auszufüllen sind. Man ist sich auch darüber einig, dass auf diesem Sektor bedeutende Anstrengungen zu machen sind, will man den Anforderungen gerecht werden, die Automatisierung und Atomtechnik in der nächsten Zukunft stellen.

Die Ministerpräsidentenkonferenz der Länder beauftragte im Frühjahr die Kultusminister, Erhebungen über den Stand der Ausbildung des technischen Nachwuchses anzustellen.

Auf der 54. Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister wurde der erste Teil einer "umfassenden Erhebung der Kultusministerkonferenz über die Förderung des techn. Nachwuchses" ausgewertet. Das Sekretariat der Ständigen Kultusministerkonferenz teilte im Bulletin der Bundesregierung u.a. mit:

"Das Ergebnis dieser Erhebungen macht eine ausserordentliche Steigerung im Ausbau sowohl der Technischen Hochschulen wie der Ingenieurschulen nicht nur gegenüber der Zeit vor dem letzten Kriege oder dem Jahre 1946, sondern auch im Hinblick auf die letzten Jahre deutlich. Einzelne Zahlen geben hierüber einigen Aufschluss."

Dann folgen für die Technischen Hochschulen und die Ingenieurschulen des Bundesgebietes Vergleichszahlen aus den Jahren 1939, 1946 und 1955. Wenn der unbefangene Leser dann feststellt, dass sich die Zahl der Hochschulstudenten 1955 gegenüber 1939 verfünffacht, die der

Ingenieurschulstunden gar verdreissigfach hat, muss er fragen: "Warum dieses Geschrei über den technischen Nachwuchs?" Die Wahrheit ist jedoch dass diese Zahlen eine Milchmädchenrechnung darstellen.

Nach diesen Zahlen wären 1939 auf einen Dozenten an den Ingenieurschulen 1,5 Studierende gekommen. Dass hier etwas nicht stimmt, dürfte sogar jedem Laien klar sein. Die Vergleichsjahre 1939 und 1946 sind in keiner Weise brauchbar. Wahrscheinlich entsprechen diese Zahlen, sofern sie überhaupt stimmen, einen Zeitpunkt, als der grösste Teil der Studierenden zum Kriegsdienst einberufen war. Auch die Zahlen für 1946 sind ungeeignet, da zu dieser Zeit ein grosser, vielleicht sogar der grösste Teil der Ingenieurschulen noch gar nicht wieder eröffnet war. Es kommt hinzu, dass nach dem Kriege an vielen der wiedereröffneten Schulen kein voller Lehrbetrieb herrschte, da je nur die Anfangssemester geführt wurden.

Man muss sich fragen, was man sich bei der Kultusministerkonferenz gedacht hat, als man diese Zahlen veröffentlichte. Als Vergleichsjahr vor dem 2. Weltkrieg ist doch wohl nur das Jahr 1937 geeignet, da bereits 1938 im Zusammenhang mit der Sudetenkrise grössere Einberufungen vorgenommen wurden. Für die Jahre nach dem Kriege dürfte erst das Jahr 1950 infrage kommen, da erst zu diesem Zeitpunkt mit Sicherheit alle Schulen sämtliche Semester führten.

Weiterhin ist zu beachten, dass das nationalsozialistische Regime im Zuge seiner Kriegsvorbereitungen die Studiendauer an vielen Schulen von fünf auf vier Semester reduzierte, und dass nach dem Kriege die Studiendauer von fünf auf sechs Semester erhöhte. Das bedeutet, dass allein durch die letztere Massnahme sich die Zahl der Studierenden um 20 % erhöhte, ohne dass mehr Ingenieure ausgebildet wurden bzw. werden. Was die Zahlen für die Sachaufwendungen betrifft, so ist zu beachten, dass einmal ein sehr grosser Teil dieser Aufwendungen noch dazu dient, Kriegsvorbereitungen zu betreiben, also auch nicht eine Erweiterung der Kapazität bewirkt, zum anderen aber auch die Preise von 1939 oder 1946 gegenüber 1955 wesentlich niedriger sind.

Schliesslich muss man auch die Ankündigung, dass "zumindest im kommenden Studienjahr möglicher alle Bewerber in allen Sparten der Ingenieurschulen zu Klassen werden können" mit sehr grosser Skepsis aufnehmen. Wenn das stimmen würde, dann müsste wenigstens in den Fachrichtungen Maschinenbau und Elektrotechnik die Aufnahmekapazität sich in einem Jahr mindestens verdoppeln, was wir doch sehr bezweifeln. Das würde aber auch bedeuten, dass für diese Fachrichtungen die Zahl der Lehrkräfte in drei Jahren doppelt so gross sein müsste, was wiederum nicht in Übereinstimmung zu bringen ist mit den Zahlen der Dozenten, wie sie für 1955 (1666) und 1958 (ca. 1920) angegeben werden. \* \* \*

Wie wieder Nürnberg?

Von Maria Sevensch, U.d.L.

Vor zehn Jahren, im Oktober 1946, wurden zwölf führende Männer des gestürzten Hitlerreiches in Nürnberg zum Tode durch den Strang verurteilt und hingerichtet; sieben andere mit langjährigen Freiheitsstrafen belegt.

In diesen Tagen brachte eine angesehenere evangelische Wochenchrift in der Bundesrepublik, "Christ und Welt" in grosser Aufmachung einen Beitrag mit der Überschrift und dem Motto: "Wie wieder Nürnberg": Gewiss mit mancherlei Einschränkungen und Sicherungen; davon gegenüber, die hieraus vielleicht falsche Schlüsse für die eigene "moralische" Rechtfertigung ihres Tuns während der Naziherrschaft ziehen könnten. Der Artikel will durchaus nicht das Unrechte der Toten, die in Nürnberg abgeurteilt wurden, in Zweifel gezogen wissen - hier darf man sogar sagen: im Gegenteil! Aber immerhin stellt der Verfasser die entscheidende These auf, die er dann zu begründen sucht:

"Die Geschichte hat genügende Kommentare zu Nürnberg geschrieben, und es bleibt dabei, dass vor Gott das Schuldigwerden der Völker uneinander nur eine Frage der Umstände und des Datums ist".

Mit einem Wort: Wir sind allzumal Sünder - ergo sei jeder Versuch, Schuldiggewordene vor einem Welttribunal zur Verantwortung zu ziehen, in sich falsch. Es darf "kein zweites Nürnberg mehr geben, weder gegen uns, noch gegen andere". Das ist die logische Folge. Wobei eben nicht die unbestrittene Kränkel des Nürnberger Gerichtshofes, seiner Gesetzesgrundlagen, seines Vorfehlers, seiner Zusammensetzung und seines Urteils analysiert werden, um zu richtigeren Praktiken derartiger internationaler Gerichtshöfe vorzustossen.

Die evangelische Wochenchrift ermahnt Nürnberg durch einen sehr eindringlichen Appell an das Gewissen zu ersetzen, das individuelle, das nationale und Gewissen aller Menschen in der Welt. Es rühmt und ähmt noch "an moralischer Führung", meint der Verfasser in diesem Zusammenhang. Wer wollte das bestreiten? Aber wann in der Geschichte der Menschheit bestierte denn die Moral, - sagen wir umfassend: das Verantwortlichsein gegenüber höheren Werten, - das Gesetz des Handelns des Einzelnen gegenüber seinem Nächsten, der Klassen und Interessengruppen in ihrer Zueinander, der Völker und Staaten? Ist es nicht so, dass ein Leben in Gemeinschaft überhaupt nicht denkbar wäre, ohne irdische Gerichte und

ihrer zwangsläufig oft fehlerhaften Richterspruch? So wenig wir bereit waren, aus den Irrungen und bewussten Rechtsbeugungen der deutschen Strafjustiz im Reiche Adolf Hitlers etwa die Konsequenz zu ziehen, es dürfe kein Mensch in unserem neu aufgebauten deutschen Staat jemals wieder vor einem irdischen Richter gestellt werden, so wenig darf man doch entsprechende Folgerungen aus der Fehlerhaftigkeit des Nürnberger Prozesses ziehen.

Denn so sicher wir wissen, dass kein Appell an das Gewissen der Menschen sie dazu bringen könnte, künftig nurmehr auf den Pfaden der Tugend zu wandeln und also in allen Bereichen der Gesellschaft auf die Justiz verzichten zu können, so sie es sollten wir nicht einer Fortentwicklung jenes ersten und gewiss höchst mangelhaften Welgerichtes streben, das vor zehn Jahren den Versuch unternahm, Verbrechen zu sühnen, welche an der gesamten Menschheit begangen wurden.

\* \* \*

#### Moskau neuer Botschafter in Sicht

ler. Die Sowjetregierung hat sich entschlossen, den seit Scrinis überaus raschem Abgang verwaisten Botschafterstuhl in Moskau mit Andrey A. Smirnow zu besetzen. Ein entsprechendes Ersehen an Bonn, ihm das Agerment zu erteilen, liegt schon seit Tagen vor. Die deutsche Öffentlichkeit nimmt den Beschluss Moskaus mit Genugtuung zur Kenntnis, beendigt er doch einen höchst unbefriedigenden Zustand. Sicherlich kann die Tatsache der Nominierung geeignet sein, das Verhältnis zwischen Bonn und Moskau besser zu gestalten. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, vor einem Jahr erfolgt, ist leider nicht wirklich zum Tragen gekommen. Die Wahl Smirnows, einem guten Kenner der deutschen Verhältnisse, lässt die Bedeutung erkennen, die Moskau der Bundesrepublik zumisst.

Sicherlich werden die Beziehungen zwischen Stuttgart nicht allein durch Botschafter entscheidend beeinflusst, aber es kommt doch auch auf das Klima an, das sie in dem Umkreise ihres Wirkungsbereiches vorfinden. Hier ist in Bonn an erster Repräsentation der Sowjetunion in der Bundesrepublik viel versündigt worden. Das muss für die Zukunft verstanden werden. Wir brauchen ein gutes, von gegenseitigen Misstrauen freies Verhältnis, wenn wir mit der Wiedervereinigung vorankommen wollen. Der Draht zwischen Bonn und Moskau soll dazu die Vorbedingungen schaffen, er soll funktionieren und nicht rosten.

\* \* \*

-----

Verantwortlich: Peter Braun